

BILDUNGSMATRIX

Gleiche Chancen in der Bildung

Themenfeld Berufliche Bildung

WESENTLICHE HANDLUNGSFELDER:

Ausreichendes Ausbildungsplatzangebot gewährleisten

Ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot ist die Grundlage für gleiche Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz. Alle Jugendlichen, die eine Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem absolvieren möchten, müssen hierzu Gelegenheit erhalten. Durch die Strukturkrise auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt steigt die Zahl der "marktbenachteiligten" Jugendlichen und somit der Handlungsdruck deutlich.

Benachteiligte Jugendliche fördern

Insbesondere die auf dem "Ausbildungsmarkt" besonders benachteiligten Jugendlichen bedürfen besonderer Unterstützung. Zu diesem Kreis gehören häufig junge Menschen ohne oder mit einem schlechten Schulabschluss oder mit Migrationshintergrund. Benachteiligte junge Menschen benötigen zur Erlangung von Chancengleichheit mehr Förderung statt kürzere Ausbildungszeiten. Berufsausbildungsvorbereitung sowie begleitende Maßnahmen während der Ausbildung helfen bestehende Benachteiligungen auszugleichen.

Berufliche Qualifizierung breit anlegen

Die Berufsausbildung muss eine umfassende Basis für das gewählte Berufsfeld anlegen. Nur ausgehend von einer soliden Grundlage können erforderliche Entwicklungen und Veränderungen erfolgreich gestaltet werden.

Berufliche Umschulung als Antwort auf Umbrüche von Biografie, Markt oder Technologie

Technologische Entwicklungen oder tief greifende Veränderungen auf den Produktmärkten können Berufsfelder so stark verändern, dass ein Wechsel des Berufs notwendig wird. Ebenso können Veränderungen im persönlichen Bereich (zum Beispiel gesundheitliche Unverträglichkeiten) einen Berufswechsel erforderlich machen. Berufliche Umschulung ermöglicht den systematischen Umstieg in ein neues Berufsfeld und hilft mit, durch Umbrüche verursachte berufliche Krisen zu meistern und Chancen zu erhalten.

EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK:

Auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot

Die Bereitstellung eines auswahlfähigen Ausbildungsplatzangebotes ist grundlegende Aufgabe und Verantwortung der deutschen Wirtschaft, der Unternehmen, Betriebe und Verwaltungen. Kommen diese ihrer Verantwortung und Verpflichtung nicht nach, müssen staatliche Maßnahmen zum Abbau dieser Defizite und zur Schaffung von Chancengleichheit ausgebaut werden. Dazu gehört der Dialog mit einzelnen Arbeitgebern sowie ihren Verbänden über ihre bildungspolitische Verantwortung.

Fachliche Unterstützung

Mit fachlicher Unterstützung in Fragen der Ausbildung oder der Schaffung von weiteren Ausbildungsverbänden sollten insbesondere Klein- und Mittelbetriebe als Ausbilder gewonnen werden. Steuerliche Anreizsysteme könnten eine positive Steuerungswirkung entfalten.

Förderung benachteiligter Jugendlicher

Zur Förderung benachteiligter Jugendlicher sollten Maßnahmen der Berufsausbildungsvorbereitung und ausbildungsbegleitende Hilfen finanziert werden. Erfolgreiche Projekte sollten dokumentiert und aktiv verbreitet werden. Erforderliche Mittel könnten aus dem Bereich der vollzeitschulischen Ausbildungsgänge und anderer Warteschleifen umgeschichtet werden.

Breit angelegte berufliche Qualifizierung

Ausbildungsordnungen sollten eine breit angelegte berufliche Qualifizierung ermöglichen. Ausbildungsgänge für Bewerberinnen und Bewerber mit geringen Einstiegsqualifikationen sollten nicht verkürzt, sondern durch vorbereitende und fördernde Maßnahmen ergänzt werden. Lediglich tätigkeitsbezogene Qualifizierungen sind abzulehnen.

Berufliche Umschulungen aktiv fördern

Zur Gestaltung von tief greifenden Umbrüchen in den Erwerbsbiografien und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit sollte die Agentur für Arbeit wieder verstärkt berufliche Umschulungen aktiv fördern.

HANDLUNGSEBENE DER IG BCE:

Die IG BCE hat bereits Tarifverträge zur Steigerung der Ausbildungsplatzzahlen (zum Beispiel "Zukunft durch Ausbildung" im Bereich der chemischen Industrie) abgeschlossen und somit Verantwortung übernommen.

Betriebsräte, JAVen und Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten nehmen Einfluss auf die Einrichtung, den Erhalt und den Ausbau von Ausbildungskapazitäten (mitbestimmte Betriebe

bilden mehr und besser aus). Nicht zuletzt bildet die IG BCE eigene Auszubildende aus.

Zur Verbesserung der Chancen auf Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche ist Berufsausbildungsvorbereitung ein wichtiges Instrument, das die IG BCE ebenfalls im Rahmen eines Tarifvertrages aufgegriffen hat ("Start in den Beruf"). Die Absolventinnen und Absolventen dieser Maßnahmen werden bis zu 90 Prozent in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt. Solche oder ähnliche Maßnahmen gilt es auszuweiten.

Betriebsräte und JAVen nutzen ihre Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten bei der Einstellung von Auszubildenden. Eine rein auf Eingangsvoraussetzungen optimierte Auswahl lehnen sie ab. Stattdessen berücksichtigen sie Faktoren wie Benachteiligung, Geschlecht oder ethnische Zugehörigkeit.

Die IG BCE setzt sich im Rahmen der Überarbeitung oder Neuentwicklung von Ausbildungsordnungen für breit angelegte Ausbildungsberufe ein. In Betrieben, in denen verkürzte Ausbildungsgänge trotzdem angewandt werden, setzen sich IG BCE, Betriebsräte und JAVen für entsprechende Anschlussqualifizierungen ein.

Betriebsräte wirken auf die notwendigen Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die eigene Belegschaft hin. Darüber hinaus setzen sie sich für betriebliche Umschulungsplätze für Maßnahmen der Agentur für Arbeit ein.

